

Präsident Wallraf eröffnet die Sitzung... mit folgenden Worten: Ich stelle fest, daß der Abg. Remmele sich wiederholt geweigert hat, meinen Anordnungen Folge zu leisten.

Das Kabinett Marx bleibt im Amte.

Berlin, 3. Juni. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx in seinem Amte und auf Vorschlag des Reichstanzlers auch die bisherigen Reichsminister in ihren Ämtern neu bestätigt.

Außenminister Dr. Stresemann hat gestern zu Anordnungen des besetzten Gebietes erklärt, ein bürgerliches Minoritätskabinett hätte nur die Aufgabe, die Befehle für den Sachverständigenbericht und die Reparationsregelung im Reichstage zu verabschieden, um dann neuen Männern Platz zu machen.

Ein rheinischer Mahn- und Warnungsruf an den Reichstag.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz Reichsminister a. D. Fuchs, hat nachstehendes Telegramm an den Reichspräsidenten gerichtet:

„Millionen Deutscher können zurzeit angesichts der furchtbaren Geldnot nicht leben und nicht sterben. Bedrohlich die Hoffnung auf baldigste Lösung des Reparationsproblems hält den gänzlichen Zusammenfall der Wirtschaft auf. Mit sehnlichem Verlangen erwartet die Bevölkerung des besetzten Gebietes das umgehende Zustandekommen einer Regierung, die auf der Grundlage des Programms der Parteien der Mitte die bevorstehenden, für Deutschlands Zukunft entscheidenden Verhandlungen führen soll. Die Bevölkerung des Rheinlandes würde es unverständlich finden, wenn parteipolitische Erwägungen die Lösung der entscheidenden Krise auch nur um einen weiteren Tag verschieben würden. Zustände wie die des Jahres 1923 würden die Rheinlande nicht noch einmal siegreich überwinden. Die Erbitterung ist umso größer, weil man auf der anderen Seite ein merkwürdiges Einlenken sieht, das man nicht durch parteipolitische Halsstarrigkeit von Volkvertretern, die die Bedeutung des Rheinlandes und seiner Not offenbar nicht richtig würdigen, erschlagen wissen möchte. Als Leiter der bedrängten Rheinprovinz mit 7 Millionen Menschen erhebe ich warnend und beschwörend in letzter Stunde meine Stimme. Wir haben bisher alle Leiden für das Vaterland gern ertragen, aber man soll mit unserer Liebe zum Vaterlande keine Experimente machen.“

Das Ende des Ruhestreiks.

Die Wiederaufnahme der Arbeit ist allgemein. Die volle Ruhrförderung kann aber erst am 10. Juni wieder erreicht werden. In Hamburg wurde das Aktionskomitee der kommunistischen Betriebsräte politisch aufgelöst. Die deutsche Befehlshaberbehörde verbietet ferner die Veröffentlichung von Beschlüssen und Aufrufen, die sich gegen die Wiederaufnahme der Arbeit erklären.

Herriots Regierungsprogramm.

Herriot hat an den Führer der Sozialisten Blum einen Brief gerichtet, in dem er das politische Programm seiner Partei darlegt. Auf innerpolitischem Gebiete verlangt er Abschaffung der Verordnungen, die unter dem Ermächtigungsgesetz entstanden sind. Aufrechterhaltung des Streikpolizisten, allgemeine Amnestie, soziale Befriedung, Aufhebung der Posthaft an dem Vatikan, Beschränkung der Militärdienstzeit. Auf finanziellem Gebiete verlangt er zunächst die Aufstellung eines Inventariums, das sozusagen ein Wortwort zu dem unter der neuen Regierung aufzustellenden ersten Budget darstellt. Weiter erklärt sich Herriot als prinzipieller Anhänger der strengsten Aufrechterhaltung des Budgetgleichgewichts. Auf außenpolitischem Gebiete ist die Partei entschlossen, mit allen Mitteln den Frieden durch Verhandlungen unter den Vätern aufrechtzuerhalten. Dieser Frieden, so heißt es in dem Brief, für den wir mit unserer ganzen Kraft arbeiten werden, wird nur wirksam sein, wenn Frankreich, getreu seiner demokratischen Mission und seiner Verpflichtungen, die es während des Krieges übernommen hat, die Rolle des Vorkämpfers der internationalen Institutionen, wie des Gerichtshofes im Haag und des internationalen Arbeitsamtes, Der Völkerverbund kann nicht von sich aus die Rolle spielen die wir erwarten und die uns vor den Schrecken eines Krieges bewahren kann, sondern nur dann, wenn er alle Völker umfaßt, die entschlossen sind, sein Statut zu respektieren.

Wir nehmen ohne jeden Hintergedanken den Sachverständigenbericht an. Unsere Partei hat die Politik der Fälligkeit und der Gewalt bekämpft, die zur Ruhrbesetzung führte und zur Ergreifung personeller Maßnahmen, aber bei dem Zustande, in dem sich Deutschland gegenwärtig befindet, und bei der Notwendigkeit, nicht nur Frankreich, sondern auch alle Länder zu schützen, glaubt unsere Partei, daß es nicht möglich ist, das Ruhrgebiet zu räumen, bevor die Sicherheiten, die in dem Sachverständigenbericht vorgesehen sind, wirksam werden, und bevor sie von den internationalen Organisationen die damit beauftragt sind, sie zu verwalten, übernommen worden sind.

Eine Räumung des Ruhrgebietes „nicht denkbar“. Rathlebe, der am kommenden Mittwoch aller Voraussicht nach Präsident der Kammer werden wird, erklärte einem Zeitungsvertreter zur Ruhrfrage, daß eine Räumung des Ruhrgebietes, wie sie ein Teil der deutschen Presse als Voraussetzung zur Eröffnung von Verhandlungen wolle, nicht denkbar sei.

Die französischen Sozialisten gegen eine Teilnahme an der Regierung. Paris, 3. Juni. Der sozialistische Parteitag hat in seiner gestrigen Abend Sitzung eine vom Resolutionsausschuß beschlossene Tagesordnung angenommen, durch die die Beteiligung an der Regierung abgelehnt wird.

Eine Rechtsregierung in Württemberg. Das Land Württemberg hat heute nachmittag den Kandidaten der Rechten, den Abgeordneten Bäßle, mit 44 Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt. 31 Stimmen wurden weiß abgegeben, 2 Stimmen waren zerstückelt, nur 3 Abgeordnete fehlten. Es haben sich demnach der 25 Stimmen des Rechtsblocks noch die des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Deutschvölkischen angegeschlossen. Die neue Regierung hat also zur Führung der Geschäfte eine ausreichende Mehrheit.

Eine neue russische Note. Wie verlautet, ist eine neue Note Russlands in der bekannten Angelegenheit der russischen Handelsvertretung in Berlin übergeben worden, die aber zur Stunde in Berlin noch nicht vorliegt. Soweit bekannt, hält sie inhaltlich die alten Forderungen vollkommen aufrecht, womöglich in noch präzisierter Form.

Das Befinden Dr. Seipels. Die letzten Meldungen von dem Krankenlager des Bundeskanzlers lauten erfreulicherweise weiterhin günstig. Die Kräfte haben große Hoffnung. Dr. Seipel am Leben zu erhalten, nur innere Komplikationen könnten den Heilungsprozeß ungünstig beeinflussen.

Zusammentritt des Völkerverbundes. Der Völkerverbund wird am 11. Juni in Genf zusammentreten. Auf der Tagesordnung stehen wiederum verschiedene Fragen, die u. a. Danzig, das Saargebiet, die Winderheiten in Polen, Württemberg, Mandatsausübung usw. betreffen, ferner das Wiederaufbauproblem in Oesterreich und Ungarn, der Bericht der Völkerverbundsdelegation in Budapest und der erste Bericht des Völkerverbunds-Kommissars in Ungarn.

Von Stadt und Land.

Aue, 4. Juni

Kreishauptmann Dr. Morgenstern in Ruhestand.

Kreishauptmann Dr. Morgenstern ist am 1. Juni 1924 auf Grund des Gesetzes über den Personalabbau in den einstufigen Ruhestand getreten. Mit der einstufigen Leitung der Kreishauptmannschaft ist durch Verordnung des Ministeriums des Innern vom 30. Mai 1924 Oberregierungsrat Himmer beauftragt worden. Nach einem Woch von einem Monat bei der Kreishauptmannschaft Leipzig war Dr. Morgenstern von 1891 bis 1894 als Bezirks-Messor bei der Amtshauptmannschaft Rochitz, dann bis 1897 als stellvertretender Vorsitzender bei dem Schiedsgericht für Anfall, Alters- und Invalidenversicherung in Dresden tätig. Von 1897 bis 1899 war er als Regierungsassessor und später als Regierungsrat der Amtshauptmannschaft Zwickau angewiesen und wurde darauf als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern, Abteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel berufen. 1901 wurde er zum Amtshauptmann in Zwickau, 1904 zum Amtshauptmann in Chemnitz ernannt. 1910 wurde er als vortragender Rat wiederum in die Abteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel des Ministeriums des Innern berufen und war dann nach dem von diesem Ministerium das Wirtschafts- und Arbeitsministerium abgeweiht worden war, in diesen beiden Ministerien in gleicher Eigenschaft tätig. Am 1. Juli 1919 wurde ihm die Leitung der Kreishauptmannschaft Zwickau übertragen.

Kein Verbot des „Roten Pfingstages“ in Leipzig.

Nur öffentliche Versammlungen und Umzüge untersagt. Das sächsische Ministerium des Innern macht bekannt: „Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 sind öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten. Nach den vorliegenden Meldungen steht zu erwarten, daß versucht werden wird, dieses Verbot aus Anlaß des kommunistischen „Roten Tages“ in Leipzig am 8. und 9. Juni zu übertreten. Das Ministerium des Innern weist darauf hin, daß keinerlei Ausnahmegenehmigungen von dem Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen aus Anlaß des kommunistischen „Roten Tages“ in Leipzig erteilt worden ist, daß demzufolge derartige Versammlungen und Aufzüge nicht gestattet sind.“

Wiedererrichtung der sächsischen Gesandtschaft in München. Bei Beratung des Staatsrats Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Haushaltsausschuß A des sächsischen Landtages am Dienstag wurde nachdrücklich auf die Wiedererrichtung der sächsischen Gesandtschaft in München hingewiesen. Die Regierung vertrat hierbei den gleichen Standpunkt. Vermutlich ist noch im Laufe dieses Jahres mit der Wiedererrichtung zu rechnen.

Der Wehrwolf, Bund deutscher Männer und Frontkrieger, Aue bittet um Bekanntheit folgender Erklärung. „Der Wehrwolf, Bund deutscher Männer und Frontkrieger hatte seine Mitglieder zu einem Vertretertag an der historischen Stätte des Lönschen Romans in der Bänneburger Heide (bei Hermannsburg) eingeladen. Mit diesem Vertretertag sollte ein Feldgottesdienst verbunden sein. Das preussische Innenministerium hat nun nicht nur den Feldgottesdienst verboten, sondern dem Wehrwolf überhaupt untersagt, eine Bundesvertretertagung abzuhalten. Vaterländische Vereine dürfen also nach dem Willen des Herrn Seebing noch nicht einmal zu einer Bundesvertretertagung zusammenkommen. Wir haben es mit der Freiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit weit gebracht. Diese Stellungnahme ist um so verwunderlicher, als mit dieser Tagung kein deutscher Tag oder eine ähnliche, öffentliche, den Kommunisten Kerger nicht bietende Kundgebung geplant war. Über manchen Kreisen ist ja schon das Wort vaterländisch ein Grauel. Eigenartig ist ja auch die Behandlung der Eingabe. Am 7. März hatte der Wehrwolf direkt sowohl als auch durch die Ortspolizei um die Genehmigung gebeten. Es hat drei Monate gedauert, bis die Entscheidung getroffen wurde, und erst 6 Tage vor Beginn der Veranstaltung wurde sie dem Wehrwolf bekanntgegeben.“

Roch keine Belegung des Konflikt im sächsischen Bergbau. Nach einer amtlichen Auskunft ist die Lage im Zwickauer-Deilschener Steinkohlenrevier im Gegensatz zur Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet am Dienstag noch unverändert. Im staatlichen Steinkohlenwerk Hauderode macht sich eine zunehmende Arbeitslosigkeit bemerkbar. An einem geregelten Betrieb ist noch nicht zu denken, da in der Hauptsache die Poststands- und Aufbaumarbeiten verrichtet werden. Man rechnet aber mit dem Streikende für die nächsten Tage. Zu welchem ungewissen Terror die Kommunisten greifen, geht daraus hervor, daß in einer Belegschaftsversammlung in Hauderode von einem kommunistischen Redner aufgefordert wurde, die Namen der Arbeitswilligen in der kommunistischen Presse zu brandmarken und die Arbeitswilligen tot zu schlagen. Von Staatswegen werden alle Nachmittage bereitgestellt, um tätliche Angriffe zu verhindern und die Arbeitswilligen zu schützen.

Postsendungen mit ungenügender Anschrift. Mängel in der Aufschrift von Postsendungen, namentlich das Fehlen von Straße und Hausnummer, sowie Nummer der Zustellungspostanstalt bei Sendungen nach Großstädten, wie Berlin, Breslau, Dresden, Hamburg, München, wirken für Post und Publikum außerordentlich nachteilig. Briefsendungen nach großen Orten, die keine Straße und Hausnummer tragen, müssen bei jeder größeren Zustellungspostanstalt täglich nach Tausenden. Man stelle sich vor, welche ungeheure Mühe und welchen Aufwand an Zeit und Kosten es bei der Post erfordert, täglich solche Massen von Sendungen durch Benutzung von Nachschlagewerken aller Art unterzubringen. In der Regel tritt dadurch noch eine Verzögerung in der Zustellung solcher Sendungen ein. Abhilfe kann der Absender schaffen, wenn er bei Postsendungen, namentlich nach großen Orten, stets die genaue Wohnungsangabe des Empfängers einträgt. Zur Erzielung vollständiger Aufschriften kann jedermann viel beitragen, wenn er bei den von ihm ausgehenden Postsendungen auf den Briefbogen, Briefumschlag, Rechnung usw. stets der Ortsangabe seine Straße und Hausnummer hinzufügt. Werden diese oft wiederholten Hinweise von den Postbenutzern nicht beherzigt, so wird man es der Reichspost nicht verübeln können, wenn sie die ihr meist durch Gedankenlosigkeit und Gleichgültigkeit entstehenden, die Allgemeinheit belastenden Kosten durch Erhebung einer besonderen Gebühr auf die Schultern derjenigen abräubet, die jene unnötige Arbeit verursachen.

Zur Bekämpfung der Bismarck hat der Bezirksausschuß beschlossen, für jede im Bezirke erlegte Bismarck eine Prämie von 3 Mark zu bewilligen. Bismarcken sind bei der Amtshauptmannschaft vorzuliegen, wenn dies aber der Entfernung und der damit verbundenen Kosten wegen nicht möglich sein sollte, bei dem Stadtrate oder dem Herrn Bürgermeister.

Lotteriegewinn. In der heutigen Ziehung der sächsischen Landes-Lotterie fiel in die Lotterie-Einnahme von Otto Reifner auf Nr. 18664 ein Gewinn von 10 000 Mark.

Von den Auer Lichtspielbühnen. Apollo-Lichtspiele. Der Denny Porten-Marx-Film der Deulig „Das Geheimnis vom Brinchenhof“, ein Filmwerk, das vom 5. bis 8. Juni im Apollotheater zur Aufführung gelangt, gibt Denny Porten, der großen Charakterdarstellerin

Advertisement for D. Thompson's Schwan-SEIFENPULVER. The ad features a large illustration of a swan in a circular frame, with the text 'D. THOMPSON'S Schwan-SEIFENPULVER' prominently displayed. Below the swan, it says 'Ist ausgiebig im Gebrauch, spart Zeit und Mühe.' and 'Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.' The ad also includes a small logo with 'SCHUTZ-MARKE' and 'SEIFEN-PULVER'.